Das meinen altgediente US-Geheimdienstoffiziere und warnen den US-Präsidenten in einem Memo. Thilo Haase hat dieses Memo übersetzt. Laut Ray McGovern ist das wahrscheinlich das wichtigste Memo der VIPS' seit der Entlarvung von Powells Lügen bei der UN. Im Anschluss an diese am 1. Mai veröffentlichte Warnung (A.) vor den menschenverachtenden Risiken des laufenden Krieges weise ich auf die Titelseite (B.) meiner Regionalzeitung vom 1. Mai hin. Sie ist gespickt mit verharmlosenden und ermunternden Einlassungen zu Waffenlieferungen und zum Krieg. Das ist typisch für viele Produkte unserer Hauptmedien. Deshalb der konkrete Hinweis darauf und der Vergleich mit der Warnung der Geheimdienstveteranen. Deshalb der konkrete Hinweis. **Albrecht Müller**.

A. Geheimdienst-Veteranen: Atomwaffen können nicht un-erfunden gemacht werden
von Veteran Intelligence Professionals for Sanity* – Veröffentlicht am 1. Mai 2022

(übersetzt von Thilo Haase)

MEMORANDUM FÜR: Den Präsidenten der USA
VON: Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS)
SUBJEKT: Atomwaffen können nicht un-erfunden gemacht werden, deshalb …
VORRANG: SOFORT
REF: Unser Memo vom 20.12.21, "Lassen Sie sich nicht von Russland reinlegen"

1. Mai 2022
Herr Präsident:
Die Mainstream-Medien haben den Verstand der meisten Amerikaner mit einem Hexengebräu aus irreführenden Informationen über die Ukraine – und über die äußerst hohen Einsätze des Krieges – verwirrt. Für den Fall, dass Sie nicht die Art von "unbehandelten" Informationen erhalten, die sich Präsident Truman von der Umstrukturierung der Nachrichtendienste erhoffte, bieten wir Ihnen im Folgenden ein 12-Punkte-Faktenblatt. Einige von uns waren während der kubanischen Raketenkrise Geheimdienstanalysten und sehen in der Ukraine eine direkte Parallele. Was die Glaubwürdigkeit der VIPs betrifft, so spricht unsere Bilanz seit Januar 2003 – ob in Bezug auf Irak, Afghanistan, Syrien oder Russland – für sich selbst.

1. Die wachsende Möglichkeit, dass Atomwaffen eingesetzt werden könnten, während die Feindseligkeiten in der Ukraine weiter eskalieren, verdient Ihre volle Aufmerksamkeit.
2. Fast 77 Jahre lang hat ein gemeinsames Bewusstsein für die ungeheure Zerstörungskraft von Atom- und Kernwaffen ein (ironischerweise stabilisierendes) Gleichgewicht des Schreckens geschaffen, das als Abschreckung bezeichnet wird.

Länder, die über Atomwaffen verfügen, haben es im Allgemeinen vermieden, anderen Ländern mit Atomwaffen zu drohen.

3. Putins jüngste Hinweise auf Russlands Atomwaffenfähigkeit lassen sich leicht in die Kategorie der Abschreckung einordnen. Sie können auch als Warnung verstanden werden, dass er bereit ist, sie im Extremfall einzusetzen.
4. Extremfall? Ja, Putin betrachtet die Einmischung des Westens in der Ukraine, insbesondere seit dem Staatsstreich im Februar 2014, als existenzielle Bedrohung. Unserer Ansicht nach ist er entschlossen, Russland von dieser Bedrohung zu befreien, und die Ukraine ist jetzt ein Muss für Putin. Wir können nicht ausschließen, dass er, wenn er in die Enge getrieben wird, einen begrenzten Atomschlag mit modernen Raketen, die ein Vielfaches der Schallgeschwindigkeit fliegen, genehmigt.
5. Existenzielle Bedrohung? Moskau sieht im militärischen Engagement der USA in der Ukraine genau die gleiche Art von strategischer Bedrohung, die Präsident Kennedy in Chruschtschows Versuch sah, unter Verstoß gegen die Monroe-Doktrin Atomraketen auf Kuba zu stationieren. Putin beklagt, dass die "ABM"-Raketenstationen der USA in Rumänien und Polen durch einfaches Einlegen einer alternativen Compact Disc so modifiziert werden können, dass sie Raketen gegen Russlands ICBM-Streitkräfte abschießen können.
6. Was die Stationierung von Raketen in der Ukraine betrifft, so haben Sie Putin laut dem Kreml-Protokoll Ihres Telefongesprächs vom 30. Dezember 2021 gesagt, dass die USA "nicht die Absicht haben, offensive Angriffswaffen in der Ukraine zu stationieren". Soweit wir wissen, gab es keine Einwände gegen die Richtigkeit dieses russischen Protokolls. Dennoch hat sich Ihre angebliche Zusicherung gegenüber Putin in Luft aufgelöst – was, wie wir uns vorstellen können, zu Russlands wachsendem Misstrauen beiträgt.
7. Russland kann nicht mehr daran zweifeln, dass die USA und die NATO das Ziel haben, Russland zu schwächen (und wenn möglich zu beseitigen) – und dass der Westen auch glaubt, dies erreichen zu können, indem er Waffen in die Ukraine liefert und die Ukrainer zum Weiterkämpfen auffordert. Wir halten diese Ziele für illusorisch.
8. Wenn Minister Austin glaubt, dass die Ukraine gegen die russischen Streitkräfte "gewinnen" kann, dann irrt er sich. Sie werden sich daran erinnern, dass viele von Austins Vorgängern – z. B. McNamara, Rumsfeld und Gates – früheren Präsidenten immer wieder versicherten, dass korrupte Regime "gewinnen" könnten – und zwar gegen Gegner, die bei weitem nicht so furchterregend sind wie Russland.
9. Auch die Vorstellung, dass Russland international "isoliert" ist, erscheint illusorisch. Man kann sich darauf verlassen, dass China alles in seiner Macht Stehende tun wird, um zu verhindern, dass Putin in der Ukraine "verliert" – in erster Linie, weil Peking sozusagen als "Nächster in der Reihe" vorgesehen ist. Sicherlich wurde Präsident Xi

Jin-Ping über die "Nationale Verteidigungsstrategie 2022" des Pentagons unterrichtet, in der China als "Bedrohung Nr. 1" bezeichnet wird. Die Entente Russland-China markiert eine tektonische Verschiebung im weltweiten Kräfteverhältnis. Man kann ihre Bedeutung gar nicht hoch genug einschätzen.

10. Die Nazi-Sympathisanten in der Ukraine werden am 9. Mai 2022, wenn Russland den 77. Jahrestag des Sieges der Alliierten über Nazi-Deutschland feiert, nicht unbemerkt bleiben. Jeder Russe weiß, dass in diesem Krieg mehr als 26 Millionen Sowjets starben (darunter auch Putins älterer Bruder Viktor während der erbarmungslosen, 872 Tage andauernden Blockade von Leningrad). Die Entnazifizierung der Ukraine ist einer der Schlüsselfaktoren für Putins Zustimmungswerte von über 80 Prozent.
11. Der Ukraine-Konflikt kann als die "Mutter aller Opportunitätskosten" bezeichnet werden. In ihrer letztjährigen "Bedrohungsanalyse" bezeichnete die Direktorin der Nationalen Nachrichtendienste, Avril Haines, den Klimawandel als eine große Herausforderung für die nationale Sicherheit und die "menschliche Sicherheit", die nur durch die Zusammenarbeit der Nationen bewältigt werden kann. Der Krieg in der Ukraine lenkt bereits die dringend benötigte Aufmerksamkeit von dieser drohenden Gefahr für kommende Generationen ab.
12. Wir weisen darauf hin, dass wir unser erstes Memorandum dieses Formats am 5. Februar 2003 an Präsident George W. Bush geschickt haben, in dem wir Colin Powells mit unbestätigten Geheimdienstinformationen gespickte Rede vor der UNO kritisierten. Im März 2003 schickten wir zwei weitere Memos, in denen wir den Präsidenten davor warnten, dass Geheimdienstinformationen "gefälscht" wurden, um einen Krieg zu rechtfertigen, die jedoch ignoriert wurden. Wir beenden dieses Memo mit demselben Appell, den wir vergeblich an George W. Bush gerichtet haben: "Es wäre gut für Sie, wenn Sie die Diskussion über den Kreis der Berater hinaus ausdehnen würden, die eindeutig auf einen Krieg aus sind, für den wir keinen zwingenden Grund sehen und von dem wir glauben, dass die unbeabsichtigten Folgen wahrscheinlich katastrophal sein werden."

Schließlich wiederholen wir das Angebot, das wir Ihnen im Dezember letzten Jahres (in dem oben erwähnten VIPS-Memorandum) gemacht haben: "Wir sind bereit, Sie mit objektiven Analysen zu unterstützen, die die Dinge beim Namen nennen". Wir empfehlen Ihnen, sich von "außen", d.h. von altgedienten Geheimdienstoffizieren mit jahrzehntelanger Erfahrung im "Inneren", beraten zu lassen.

Für die Steuerungsgruppe der Veteran Intelligence Professionals for Sanity

- Fulton Armstrong, ehemaliger Nationaler Geheimdienstbeauftragter für Lateinamerika und ehemaliger Direktor des Nationalen Sicherheitsrates für interamerikanische Angelegenheiten (a.D.)

- William Binney, Technischer Direktor der NSA für weltweite geopolitische und militärische Analysen; Mitbegründer des NSA-Forschungszentrums für die Automatisierung der Nachrichtenübermittlung (ret.)

- Richard H. Black, ehemaliger Senator von Virginia; Oberst der US-Armee (a.D.); ehemaliger Leiter der Abteilung Strafrecht, Büro des Generalrichters, Pentagon (assoziierter VIPS)

- Graham E. Fuller, Stellvertretender Vorsitzender, Nationaler Geheimdienstrat (a.D.)

- Philip Giraldi, CIA, Einsatzleiter (a.D.)

- Matthew Hoh, ehemaliger Hauptmann des USMC im Irak und Offizier im Auslandsdienst in Afghanistan (assoziierter VIPS)

- Larry Johnson, ehemaliger CIA-Geheimdienstmitarbeiter und ehemaliger Beamter des Außenministeriums für Terrorismusbekämpfung (a.D.)

- Michael S. Kearns, Hauptmann, USAF-Nachrichtendienst (a.D.), ehemaliger SERE-Master-Ausbilder

- John Kiriakou, ehemaliger CIA-Beamter für Terrorismusbekämpfung und ehemaliger leitender Ermittler des Ausschusses für auswärtige Beziehungen des Senats

- Edward Loomis, kryptologischer Informatiker, ehemaliger technischer Direktor der NSA (a.D.)

- Ray McGovern, ehemaliger Infanterie-/Geheimdienstoffizier der US-Armee und CIA-Analyst; Berater des CIA-Präsidenten (a.D.)

- Elizabeth Murray, ehemalige stellvertretende nationale Geheimdienstbeauftragte für den Nahen Osten, National Intelligence Council und politische Analystin der CIA (a.D.)

- Pedro Israel Orta, ehemaliger CIA- und Geheimdienstmitarbeiter (Generalinspekteur)

- Todd Pierce, MAJ, Richter der US-Armee (a.D.)
- Theodore Postol, Professor Emeritus, MIT (Physik). Ehemaliger wissenschaftlicher und politischer Berater für Waffentechnologie beim Chief of Naval Operations (assoziierter VIPS)
- Scott Ritter, ehemaliger MAJ, USMC, ehemaliger UN-Waffeninspekteur, Irak
- Coleen Rowley, FBI-Spezialagentin und ehemalige Rechtsberaterin der Abteilung Minneapolis (ret.)
- Kirk Wiebe, ehemaliger Senior Analyst, SIGINT Automation Research Center, NSA (im Ruhestand)
- Sarah G. Wilton, CDR, USNR, (im Ruhestand)/DIA, (im Ruhestand)
- Robert Wing, ehemaliger Beamter im auswärtigen Dienst (assoziierter VIPS)
- Ann Wright, Oberst der US-Armee (a.D.); Offizierin des Auswärtigen Dienstes (trat aus Protest gegen den Irak-Krieg zurück)

**Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPs) setzt sich aus ehemaligen Geheimdienstoffizieren, Diplomaten, Militäroffizieren und Kongressmitarbeitern zusammen. Die 2002 gegründete Organisation gehörte zu den ersten Kritikern der Rechtfertigungen Washingtons für einen Krieg gegen den Irak. VIPS setzt sich für eine US-amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die auf echten nationalen Interessen beruht und nicht auf erfundenen Bedrohungen, die aus vorwiegend politischen Gründen gefördert werden. Ein Archiv von VIPS-Memoranden ist auf Consortiumnews.com verfügbar.*

B. Von „Nie wieder Krieg“ zur Selbstverständlichkeit des Krieges und unserer Beteiligung

Nach dem Ende des fürchterlichen Zweiten Weltkriegs gab es zumindest einen weitgehenden Konsens: Nie wieder Krieg! Dieses Bekenntnis kam auch von Menschen, die mit den Nazis und/oder mit dem deutschen Militär eng verbandelt waren. Der Schock der vielen Toten, der zerstörten Städte und der Millionen Flüchtlinge hatte wenigstens die Folge, dass die Lust auf Kriege und aufs Militär gegen Null geschrumpft war. „Nie wieder Krieg“ war die geläufige Parole. Übrigens: Noch 1980 gab es offensichtlich eine Mehrheit

für diese Haltung. So gewann die SPD am 11. Mai die Landtagswahl in NRW mit der absoluten Mehrheit genau mit diesem Bekenntnis: Nie wieder Krieg.

Heute ist das ziemlich vergessen. Wir sind daran gewöhnt worden, dass die Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einem Instrument militärischer Interventionen im Ausland auch außerhalb des NATO-Bereiches „umgefummelt" wurde. Heute parliert man und bekennt sich zu Waffenlieferungen, zum Training von ukrainischen Soldaten durch die USA auf deutschem Boden, zur Panzermunition, die zu den Panzern selbstverständlich gehöre, usw.

Ein Musterbeispiel für diese kriegsfreundliche öffentliche Meinungsmache ist die Frontseite meiner Regionalzeitung von gestern.

Nur links oben eine kleine Meldung zum Fußball, links unten ebenso klein das Wetter und rechts unten eine kleine Anzeige für Brillen hatten nichts mit dem Krieg und unserer Beteiligung zu tun. In allen anderen Artikeln (1) bis (6) wurde die deutsche Beteiligung am Krieg wohlwollend behandelt. In einem großen Hinweis auf der rechten Seite (7) wird auf einen Artikel im Innern des Blattes hingewiesen – mit 8 Tipps dazu, wie man sich vor der hohen Inflation schützen kann. Dass diese Inflation etwas mit der Steigerung der Rüstungsausgaben und mit den allenthalben befürworteten Sanktionen zu tun haben könnte, wird nicht erwähnt.


DIE RHEINPFALZ
AM SONNTAG
USA trainieren Ukrainer in Deutschland an Waffen
Auch Panzermunition für Ukraine
SO RETTEN SIE IHR GELD
Mehr als nur die Resterampe
Lindner: Steuermittel kappen
Stimmen für Waffenlieferung
Klarheit
BRILLEN BOTT

Im Aufmacher (1) wird berichtet, dass die USA ukrainische Soldaten in Deutschland an Waffen trainieren, vermutlich auch in Grafenwöhr und in Ramstein. Kritisch kommentiert wird dieser Missbrauch deutschen Territoriums durch das US-Militär nicht, obwohl damit die Beteiligung unseres Landes an diesem Krieg um ein weiteres Element gestützt wird.

Im zweiten größeren Artikel (2) wird berichtet, dass Deutschland nicht nur 50 Gepard-Panzer liefert, sondern auch die dazugehörige Panzermunition. „Die Rheinpfalz am Sonntag" beruft sich dabei auf Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesverteidigungsministerium, Thomas Hitschler (SPD). Er meint, es gehe bei der Lieferung „nicht allein um das Waffensystem oder den Panzer, sondern auch um logistische und weitere Aspekte wie die Frage der Ausbildung". Übrigens: Thomas Hitschler ist mein Nach–Nachfolger als SPD-Abgeordneter in der Südpfalz. So ändern sich die Zeiten.

Im Kommentar (3) wird mit Bezug auf die Äußerungen des Parlamentarischen Staatssekretärs darauf hingewiesen, dass es sich bei der Lieferung der 50 deutschen Flugabwehrpanzer um die Lieferung einer wichtigen militärischen Fähigkeit handelt, mit der Deutschland die Ukraine ausstattet. In der Einführung zum Kommentar heißt es: „Bei aller auch begründeten Kritik an der deutschen Panzerlieferung an Kiew – Berlin erweist sich am Ende doch als verlässlicher NATO-Alliierter." Hier wird also mal wieder mit der Manipulationsmethode „B sagen und A meinen" gearbeitet: der Kommentator bezieht sich auf die Kritik an Deutschland und an Scholz wegen ihres angeblichen Zögerns bei Waffenlieferungen (Botschaft B) und transportiert damit die Botschaft, Waffenlieferungen seien sinnvoll und gut (Botschaft A). (Siehe dazu auch diesen Beitrag vom 20. April 2022 **B sagen und A meinen**).

In der Meldung (4) wird berichtet, der Bundesfinanzminister und Vorsitzende der FDP habe sich dafür ausgesprochen, dem ehemaligen Bundeskanzler Schröder die staatliche Unterstützung zu streichen. „Ehemalige Inhaber von Spitzenämtern, die offenbar an der Seite verbrecherischer Regierungen stünden, könnten nicht auf die Unterstützung dieses Staates zählen."

Im Artikel (5) wird berichtet, dass die Grünen auf ihrem kleinen Parteitag am Samstag in Düsseldorf beschlossen hätten, die Ukraine solle auch „die Unterstützung mit wirksamen, auch schweren und komplexen Waffen" erhalten. „Auch das Bundeswehr-Sondervermögen von 100 Milliarden wurde mehrheitlich abgesegnet."

In der sogenannten „Sonntagsrede", „Wunsch der Woche" (6) geht es auch ums Thema. Indirekt. Es wird Klarheit verlangt. Der Hinweis zielt offensichtlich auf das Zögern von Bundeskanzler Scholz in Bezug auf die Waffenlieferungen. Da hat er inzwischen die

medialen Befehle befolgt und Klarheit geschaffen.

Fazit: Was hier auf einer einzigen Seite einer Zeitung betrieben wird, ist beispielhaft für das, was viele Medien in Deutschland in diesen Tagen tun: Sie verharmlosen Kriege, sie propagieren unsere Beteiligung durch Waffenlieferungen und Ausbildung ukrainischer Soldaten als selbstverständlich. Offensichtlich sollen wir an Kriege gewöhnt werden. Das ist gefährlich, weil damit der Widerstand gegen Kriege systematisch geschliffen wird. Die letzten Umfragen, die von großer Bewunderung für die deutsche Außenministerin Baerbock und ihren Parteifreund und Wirtschaftsminister Habeck zeugen – zum Beispiel hier – deuten darauf hin, wie populär die Befürwortung von Konfrontation inzwischen ist. Wir sind weit weg von einem Konsens über „Nie wieder Krieg“. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Die agierenden Politikerinnen und Politiker müssen auf eine friedensorientierte Volksmeinung keine Rücksicht mehr nehmen.

Gut, dass dann wenigstens ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von US-Geheimdiensten vor dem Krieg warnen. So weit sind wir schon: die Spitzen der Grünen spielen mit dem Krieg, Geheimdienstveteranen warnen davor. Einen kleinen Lichtblick gab es dann am 1. Mai doch noch auch hierzulande: der DGB warnt vor einer neuen Aufrüstungsspirale.